

2 Vom Kopf auf die Beine oder die Wiederaneignung der Wirtschaft durch die Menschen

Wirtschaften heißt zuallererst die nötigen Lebensmittel aus der Natur entnehmen und sie, soweit erforderlich, für das menschliche Leben nutzbar machen. Dieser Prozess ist so alt wie die Menschheit. Seitdem wir uns als Gattung Mensch in unserer eigenen Reproduktion wesentlich von den Tieren unterscheiden, leben wir nicht mehr unmittelbar von der Natur, sondern mittelbar. Wir bearbeiten die Naturprodukte und sie sind deshalb Kulturprodukte. So wie wir mit unserer äußeren Umgebung (Natur) umgehen, so ist die Kultur, die wir als Gattung entwickelt haben. Alles das ist menschengemacht. Die Art des Wirtschaftens, unsere Ökonomie und das Denken darüber ist von den Menschen selbst hergestellt. Es ist nicht vom Himmel gefallen und auch keiner mythischen Kraft geschuldet. Wir sind es, die unser Leben selbst gestalten, in stetiger Auseinandersetzung mit unserer Umwelt. Darum kann auch alles geändert werden, immer und zu jeder Zeit – wer etwas anderes behauptet ist ein Scharlatan oder hegt ganz bestimmte eigennützige Absichten. Wir betonen diese Grundeinsichten deshalb so ausdrücklich, weil heutzutage in ökonomischen Diskussionen vielfach so getan wird, als ob uns unumstößliche Gesetze, quasi Naturgesetze, dazu verdammen, so zu wirtschaften, wie wir es derzeit tun, und anderes nicht möglich wäre. Hinter diesen Ansichten stehen meistens handfeste wirtschaftliche Interessen oder es sind häufig opportunistische und karriereorientierte Sichtweisen, oft auch aus der Wissenschaft, für die vorherrschende Ökonomie. Da wird die Ökonomie als Wissenschaftsdisziplin oft irrational, ja sie wird zu einer Nicht-Wissenschaft.¹⁶

Es gibt auf fast keinem Gebiet so viele ideologische Verwirrungen, wie in der politisch-ökonomischen Diskussion. Wirtschaftliche Erfordernisse werden zu Heilslehren stilisiert, es herrscht ein Deutungskrieg in den Medien über die richtige Ansicht der notwendigen wirtschaftlichen Entscheidungen. Wirtschaftspolitische Meinungen zu äußern wird zur realen Wirkungsstätte einer oftmals selbsternannten Expertokratie. Es gibt keine Nachrichtensendung mehr, die ohne wirtschaftspolitische Ratschläge und Analysen auskommt und das Ganze wird noch gerahmt von den überall auftauchenden Börsenexperten, die ihre Quacksalbereien zum Besten geben. Nichts ist so irrational wie das Börsengeschehen und dennoch werden die Akteure in dieser Branche zu Hohepriestern der Marktökonomie verklärt. Aber vielleicht gerade deshalb, weil es so irrational ist, wird daraus eine neue Ersatzreligion. »Wir glauben an die Macht der Bank, denn die zahlt aus in bar«, kann man in Anlehnung an einen Liedtext von Marius Müller-Westernhagen wohl sagen.

¹⁶ Sehr schön nachzulesen bei A. B. Voegelé: Das Elend der Ökonomie – Von einer Wissenschaft, die keine ist. Zürich 2007.

Die Kaste der Finanzexperten, Spekulanten und teilweise kriminellen Geschäftemacher im Bereich der Hedgefonds oder Private Equity Fonds und neuerdings insbesondere der Ratingagenturen wird immer einflussreicher.¹⁷ Nur wenige kennen sich aus in diesem Dschungel der Spekulationsbürokraten und das ist auch so gewollt. Die internationale Spekulationsmafia hat beste Verbindungen an Wallstreet (New York), Fleetstreet (London) und Bahnhofstraße (Zürich) und zu Politfinanzkreisen in aller Welt.¹⁸ Man schafft es immer wieder, nationale Gesetzgebungsverfahren qua intensivem Lobbying so zu beeinflussen, dass die hochriskanten Spekulationsweisen nicht durch Gesetze unterbunden werden. Bis vor kurzem waren die Finanzpolitiker noch völlig ahnungslos über das, was auf den Finanzmärkten geschah.

Die Hedgefonds kontrollierten im Jahre 2007 in Deutschland 5.700 Unternehmen mit 800.000 Beschäftigten, Tendenz weiter stark ansteigend.¹⁹ Dass sich die Hedgefonds-Industrie zu einem freiwilligen Verhaltenskodex bewegen lässt, der zu mehr Kontrolle ihrer Macht und ihrer Profitinteressen beitragen soll, ist ein frommer Wunschtraum. Wenn irgendetwas sicher ist, dann jenes, dass sich die internationale Finanzaristokratie gewiss nicht ihre Milliardengeschäfte verderben lässt. Und dass es kein Horrorszenario ist, dass Hedgefonds aus nichts Geld machen – präziser gesagt – das Geld, das sich einige wenige da einstecken, muss erst einmal von den arbeitenden Menschen erwirtschaftet werden, ehe es an die wenigen verteilt werden kann. Die durch die Finanzkrise entstandenen Milliardenverluste werden zudem durch die Steuern aller Bürger aufgefangen. In der Finanzwirtschaft ist wohl jedes menschliche Maß schon lange abhanden gekommen. Die Menschen sollten der Politik so gehörig Druck machen, dass durch die entsprechenden Gesetze diese einerseits ungeheuerliche Geldvernichtungsmaschine für alle und Geldvermehrungsmaschine für nur wenige abgestellt wird.

Hedgefonds arbeiten so, dass beispielsweise in sogenannten Leerverkäufen Wertpapiere verkauft werden, die man nicht besitzt, die man zu einem späteren Termin allerdings kauft, um den ursprünglichen Verkauf zu legitimieren. Mit dem Leerkauf spekuliert man darauf, dass der Preis fällt. Diese Geschäfte sind hochriskant und es können Millionen verloren gehen. Wenn das nicht ein Horrorszenario ist. Viel schlimmer ist noch, dass die Frage danach, wer das alles zahlen muss, anscheinend niemanden interessiert. Wer zahlt denn letztendlich die Gewinne oder gar die Verluste? Das sind doch wohl diejenigen, welche die Gewinne der Unternehmen mit erwirtschaft-

¹⁷ Siehe hierzu auch Wolfgang Hetzer (2011): Finanzmafia. Wieso Banker und Banditen ohne Strafe davonkommen. Frankfurt/Main; ein sehr gutes Buch von einem Insider, Hetzer ist im europäischen Amt für Betrugsbekämpfung in Brüssel (OLAF) tätig.

¹⁸ U. a. sehr gut skizziert bei W. Münchau: Vorbeben. Was die globale Finanzkrise für uns bedeutet und wie wir uns retten können, München 2008.

¹⁹ Siehe netzzeitung.de 27.02.2007 »Hedgefonds kontrollieren fast eine Million Jobs«.

ten und das sind alle diejenigen, die lohnabhängig beschäftigt sind. Bei den Verlusten muss dann schließlich noch der Staat einspringen, wie Herr Ackermann, seines Zeichens oberster Geldverwalter der Deutschen Bank forderte.²⁰

Die neuen Herkulesse der Geldvermehrung wie Blackstone, Carlyle Group, Apollo, Cerberus und Texas Pacific Group verfügten 2006 über eine Finanzkraft von 1.100 Milliarden Euro (das sind 1,1 Billionen Euro!). In den USA kontrollieren sie schon über 8.000 Unternehmen, das heißt 25 Prozent der US-amerikanischen Beschäftigten stehen unter dem Diktat dieser Finanzmultis. In Frankreich sind im Jahr 2007 fast neun Prozent aller Beschäftigten von ihnen abhängig. Diese Fonds gibt es schon seit geraumer Zeit, etwa seit 15 Jahren. Ihre ungeheuerliche Aggressivität haben sie mit billigen Krediten erhalten. Jenseits aller Kontrolle von Aktionären können sie mit privaten Kapitaleinlagen und aufgenommenen Krediten ganze Großbetriebe in Gefahr bringen. Verfahren wird oft nach dem Muster, dass bei einem Wert von 100 Prozent, den ein Unternehmen darstellt, 30 Prozent aus den Schatullen des Fonds kommen und 70 Prozent werden als Kredite geliehen. Das gekaufte jeweilige Unternehmen wird dann umorganisiert, teilweise zerschlagen, Mitarbeiter werden entlassen und es wird stromlinienförmig auf kurzfristige Profiterhöhung hin frisiert. Das Unredliche an dieser ganzen Aktion ist, dass die 70 Prozent des aufgenommenen Kredites dem gekauften Unternehmen angelastet werden. Es muss für seinen eigenen Kauf bezahlen, eine perverse Logik des maßlosen Profitdenkens, die bisher durch kein Gesetz gestoppt wurde – wo es doch so einfach wäre. Nach durchschnittlich drei bis vier Jahren werden dann die Unternehmen meistens mit Profitraten von 100 bis über 200 Prozent verkauft.²¹ Wir nennen das legalisierten Finanzraub, die Ökonomie wird auf den Kopf gestellt. Jene die nichts produzieren und keinen sinnvollen Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung beitragen, verdienen das meiste Geld – eine absurde Situation, die mit den entsprechenden Gesetzen sehr schnell zu beenden wäre.

In Amerika unterstützte beispielsweise die Federal Reserve Bank von New York den Fond LTCM mit 3,6 Milliarden US-Dollar, als die Fondmanager sich heftig verspekulierten. In England wurde die Bank Northern Rock kurzweg verstaatlicht, als sie in arge Turbulenzen aufgrund von Spekulationsverlusten in Höhe von schätzungsweise 100 Milliarden britischen Pfund geriet. In Deutschland gerät die IKB (Industriekreditbank) aufgrund von Spekulationsverlusten ins Trudeln und die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) haftet dafür mit acht Milliarden Euro, die Sachsen LB wird zahlungsunfähig, – weswegen wohl, ja aufgrund von Spekulationsverlusten – und muss mit 17,3 Milliarden Euro aus dem öffentlichen Finanzsäckel unterstützt werden. Ebenso wird die Bayerische Landesbank mit Millionen aus dem öffentlichen Haushalt

²⁰ Siehe netzzeitung.de 19.03.2008 »Ackermanns Hilferuf erntet Häme und Kritik«.

²¹ Siehe Le Monde diplomatique Nr. 8425 vom 09.11.2007, Ignacio Ramonet.

unterstützt. Allesamt sind dies Beispiele einer versagenden staatlichen Bankenaufsicht oder wenn man so will, eines absichtsvollen Gewährenlassens der Banken, bis der Krug zu Bruch geht, mit dem die Banken das Geld aus dem allgemeinen Geldbrunnen abschöpfen.²²

Die schweizerische UBS meldet Anfang 2008 einen wahrscheinlichen Quartalsverlust von 7,6 Milliarden Euro und muss damit insgesamt wohl 23 Milliarden Euro abschreiben. Die Citigroup (USA) meldet in gleicher Zeit einen Verlust von 6,5 Milliarden Dollar, die Deutsche Bank muss voraussichtlich 2,2 Milliarden Euro abschreiben – die Liste könnte noch fortgesetzt werden.²³ Seit November 2006 sind in den USA elf Hedgefonds und 115 Kreditinstitute pleite gegangen.²⁴ Der Chef der europäischen Notenbank, Herr Trichet, spricht von einer »Phase der Nervosität auf den Finanzmärkten«.²⁵ Das alles soll kein Horrorszenario sein? Mit Verlaub, dann müssen die Herren von allen guten Geistern verlassen sein. Ein Insider, der ehemalige Chef der Credit-Suisse Oswald Grübel, unverdächtig ein realitätsferner Spinner zu sein, spricht davon, dass das weltweite Finanzsystem kurz vor dem Kollaps gestanden hat.²⁶ Die Wirtschaftsauskunft Creditreform lässt verlauten, dass es wohl die mittelständischen Unternehmen und kleine Selbständige am härtesten treffen wird, für sie wird es schwieriger werden, an Kredite heranzukommen, da die Banken insbesondere das Kreditvolumen für Mittelständler und Selbständige verringern.²⁷ Wie wir sehen, müssen »die Suppe wieder die Kleinen auslöffeln«.

Selbstverständlich, wenn den »Jungs« in den Banken der Boden zu heiß wird und sie riesige Verluste befürchten müssen, dann rufen sie laut nach dem Papa, nach »Vater Staat«. Dann kriegen es die sonst so topclever erscheinenden Finanzzocker mit der Angst zu tun und wollen, dass »Papa Staat« sie aus der selbstverursachten Lage wieder raushaut – in der Psychologie bezeichnet man solche Verhaltensweisen als infantile Regression, ein Rückfall in kindliche Verhaltensweisen. Und wieder taucht die Frage auf, wer sind diejenigen, die alles zahlen müssen? Die Bürger, mit ihrem Steueraufkommen oder im schlimmsten Fall sogar mit ihren Spargroschen. Es gibt nichts

²² Wie absichtsvoll oder aber ahnungslos der Staat in Sachen Finanzmarktgeschäfte ist, zeigt beispielsweise das Verhalten des Ministerialdirektors des Finanzministeriums Jörg Asmussen, der noch 2006 den für das Finanzdesaster maßgeblich mit verantwortlichen Asset-Backed-Securities-Markt in den höchsten Tönen lobte (Neue Rheinische Zeitung v. 05.11.2008).

²³ Siehe hierzu das aufschlussreiche Buch des Leiters der Abteilung »Intelligence: Strategic Assessment & Analysis« im europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) in Brüssel, W. Hetzer, Finanzmafia. Wieso Banker und Banditen ohne Strafe davonkommen. Frankfurt 2011; und auch das Buch des italienischen Ökonomen C. Marazzi, Verbranntes Geld. Zürich 2011.

²⁴ Siehe zu weiteren Details indymedia.org – Quelle: de.indymedia.org/2008/01/204054.shtml.

²⁵ Siehe Spiegel online v. 14.08.2007 »EZB Präsident gibt Entwarnung«.

²⁶ Siehe Spiegel online v. 20.04.2008, Wirtschaft.

²⁷ Quelle: dw-world.de/dw/article/0,2144,3232247,00.html v. 01.04.2008.

Absurderes zu beobachten als den Privatisierungswahn der letzten zwanzig Jahre und die Staatlichkeitsideologie in der Finanzkrise – Privat vor Staat, und wenn es in die Hose geht, dann doch wieder Staat vor Privat, so lautet das politische Motto allerorten. Nicht, dass man es nicht hätte besser wissen können, die Besoffenheit durch irrationales und enthemmtes Marktdenken ist gewollte Fahrlässigkeit.

Selbst der bekannte Spekulant und Fondinhaber, George Soros, eigentlich unverdächtig ein weltfremder Kritiker zu sein, warnt schon länger vor den desaströsen Folgen einer enthemmten globalen Finanzökonomie.²⁸ Soros, ein Insider und eigentlich mit »allen Wassern gewaschener« Spekulant, mahnt deutlich vor dem Wahnsinn und den unabsehbaren Folgen der globalisierten Finanzspekulationen und der enthemmten neoliberalen Marktfreiheitsideologie. Er hat schon vor gut zehn Jahren die Folgen des enthemmten Spekulationswahns vorausgesagt, die mit dem amerikanischen Spekulationsdesaster der Hypothekenbanken auch auf Europa übergegriffen haben. Es gibt aber noch unzählige weitere Beispiele von warnenden Stimmen, bis hin zum Nobelpreisträger und ehemaligen Chefökonom der Weltbank, Joseph E. Stiglitz, die einen Kurswechsel anmahnen.²⁹

Wenn unsere Finanz- und Wirtschaftspolitiker nur zehn Prozent von dem beherzigen würden, was kenntnisreiche *interne* Kritiker des kapitalistischen Wirtschaftsystems äußern, wären schon längst deutliche Gegenmaßnahmen gegen den grassierenden Wahnsinn enthemmter Finanzspekulation, vermehrter Jobverluste, anwachsender Armut, stärkerer Umweltzerstörung usw. ergriffen worden. Man muss allerdings den Verdacht hegen, dass daran gar kein Interesse besteht. Es ist augenscheinlich, dass die jeweilig Verantwortlichen ein wohldefiniertes Interesse daran haben, den Wahnsinn weiterzutreiben – sie profitieren ja deutlich davon. Der Wechsel von Politikern und Verwaltungsmitarbeitern der Staatsbürokratie in lukrative Wirtschaftsjobs war noch nie so groß, wie letztlich unter der Rot-Grünen Bundesregierung. Schröder, Clement, Müller, Fischer sind da nur die prominentesten Namen jener, die, nachdem sie politisch abgewirtschaftet haben, flugs in gut bezahlte Wirtschaftsjobs wechseln – und das Spiel geht nun unter Schwarz-Gelb weiter so. Der Bürger wird abgespeist und sanktioniert.

Neben den katastrophalen Entwicklungen auf dem Finanzsektor werden selbstverständlich auch ganz praktische, für jeden Bürger spürbare Restriktionen von Vertretern der Wirtschaftsverbände gefordert, von der Politik umgesetzt. Der größte Skandal in dem Versuch, die Katastrophen, welche die kapitalistische Ökonomie im sozialen Bereich angerichtet hat, zu verbergen, sind die von der rot-grünen Bundesregierung unter Schröder eingeführten sogenannten Hartz IV Gesetze. Ein krimineller Manager von VW macht Regulierungsvorschläge für ein Absenken der Arbeitslosenbezüge und

²⁸ Siehe G. Soros: Die Krise des globalen Kapitalismus – Offene Gesellschaft in Gefahr. Berlin 1998.

²⁹ Siehe J. E. Stiglitz: Die Schatten der Globalisierung. München 2002.

ein Verschärfen der Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose. Man nennt das dann »Fördern und Fordern«. Seitdem geht es denjenigen, die aus dem Wirtschaftssystem herausfallen, deutlich schlechter. Sie bekommen weniger Geld und müssen sich stärker von den ehemals gegründeten sogenannten Arbeitsgemeinschaften zwischen Kommunen und Arbeitsagenturen (ARGE) bevormunden und drangsaliieren lassen. Nach deutlichen Einsprüchen des Verfassungsgerichts mussten diese »ARGEN« bis Ende 2010 wieder aufgelöst werden und heißen jetzt Jobcenter. Das System ist dennoch in seiner Zielsetzung, die Arbeitslosigkeit zu verringern, auf ganzer Linie gescheitert.

Der Chef der dm-Drogeriemarktkette, unverdächtig ein linker Revolutionär zu sein, hält Hartz IV für Menschenquälerei, »Hartz IV ist offener Strafvollzug. Es ist die Beraubung von Freiheitsrechten. Es quält die Menschen, zerstört ihre Kreativität.«³⁰ Alle Versprechungen, die gemacht worden sind, dass durch Hartz IV die Arbeitslosigkeit sinkt, die Beschäftigungschancen der Menschen sich erhöhen, dass Beschäftigungslose qualifiziert werden, sind als Lügen enttarnt worden. Es hat sich zwar einiges verändert, aber eher zum Schlechten. Billigjobs haben zugenommen. In Deutschland beziehen derzeit rund 7,4 Millionen Menschen Sozialleistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) oder SGB XII, mehr als 2,7 Millionen Kinder leben in Armutsverhältnissen, Tendenz steigend. Das Sozialsystem wird immer mehr zu einer Pseudoveranstaltung und die Menschen werden zunehmend in prekäre Einkommens- und Lebenssituationen gedrängt.

Das DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) veröffentlichte unlängst Zahlen zum allgemeinen Vermögen. Demnach gab es in Deutschland 2002 ein Privatvermögen von 6,5 Billionen Euro (sechseinhalbttausend Milliarden sind das). Durchschnittlich wären das pro Kopf jedes über 17-jährigen Deutschen etwa 81.000 Euro Vermögen. Doch leider besitzen zwei Drittel in diesem Land gar kein oder nur ein geringes Vermögen, hingegen besitzen die reichsten zehn Prozent fast zwei Drittel des Vermögens, das reichste Prozent besitzt zehn Prozent des gesamten Privatvermögens.³¹

Die Arbeitslosenzahlen sind, entgegen des allorteten vermeldeten Sinkens, nicht gesunken. Das SGB II selbst enthält keine Definition der Arbeitslosigkeit. Für Leistungsbezieher ist die Definition nach dem SGB III maßgeblich, dort wird als arbeitslos eingestuft, wer keine Beschäftigung hat (weniger als 15 Wochenstunden), arbeitssuchend ist, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht und der Arbeitsagentur gemeldet ist. Durch statistische Trickereien wird nun versucht, die Zahlen schönzureden und große Teile der bundesdeutschen Medien machen diesen Betrug mit. Es waren

³⁰ Quelle: Spiegel online: spiegel.de/wirtschaft/0,1518,411921,00.html, v. 19.04.2006 »dm-Chef hält Hartz IV für Menschenquälerei«.

³¹ Quelle: DIW-Wochenbericht Nr. 45/2007, 74. Jahrgang, 07.09.2007, Berlin. Online unter www.diw.de.

Ende Oktober 2006 aber mehr als acht Millionen, die man dazurechnen kann, wenn die Statistik anders gelesen wird. Ende Oktober 2007 gab es laut BA Bericht 3.755.358 (vergleichsweise Ende Oktober 2001 3.725.500). Im Oktober 2007 bekamen aber 6.006.000 Lohnersatzleistungen nach SGB III oder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach SGB II. Die BA meldet im Oktober 2007, in ihrer Studie für die Öffentlichkeit nicht einsehbar (Achtung Betrugsverdacht!), eine Zahl von 1.424.232 Menschen, die sich in einer sogenannten API-Praxis (Arbeitsmarktpolitische Instrumente) befinden. Diese werden nicht zu den offiziell 3,7 Millionen Arbeitslosen dazugerechnet. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten beträgt im August 2007 4,86 Millionen. Zusammengenommen beträgt für Oktober 2007 die Zahl der ALG I Leistungsberechtigten 932.643, die Zahl der ALG II Leistungsberechtigten 5.160.589. Diejenigen, die nach ALG II leistungsberechtigt sind, beträgt 1.943.211, das sind zusammengenommen 8.036.443 Leistungsberechtigte im Oktober 2007.³² Und aktuell werden die Förderungen für Arbeitslose insbesondere Langzeitarbeitslose drastisch gekürzt. Man überlässt diejenigen, die aus dem Ökonomiesystem herausgefallen sind ihrem Schicksal – sie wehren sich ja nicht. Konkret berichtete Professor Stefan Sell in einem Vortrag auf einer Fachtagung davon, dass ihm persönlich Mitglieder des Bundestages nach ein paar Gläsern Wein gesagt haben, es sei ihnen egal, was mit den Arbeitslosen wird, die wehren sich ja doch nicht, »(...)solange die Vorstädte in Deutschland nicht brennen, kann man den Leuten noch alles zumuten.«³³ Wenn so etwas von Abgeordneten geäußert wird, dann kann man das auch als indirekte Aufforderung auffassen.

Der Öffentlichkeit wird aber bis heute vorgegaukelt, dass die ganze Hartz-Gesetzgebung erfolgreich zur Verminderung der Arbeitslosigkeit beigetragen hat. Das ist eine große Propagandalüge und Volksverdummung, die in den Medien verbreitet wird. Einzig erfolgreich war sie dabei, die Zahl der 1-Euro-Jobs zu erhöhen, welche die Menschen in schlechtbezahlte Arbeitsverhältnisse zwingen oder sie aus der offiziellen Statistik verschwinden lassen, da sie entnervt und oft aus Unkenntnis keine Ansprüche mehr geltend machen. Das System steht auf dem Kopf statt auf den Füßen.

Wenn wir weiter die Ergebnisse der Hartz IV Gesetzgebung hinterfragen, so zeigt sich, dass im August 2011 genau 7.086.838 Personen in einem Leistungsbezug waren (ALG I, ALG II oder Sozialgeld). Dies ist eine Zunahme um 2,76 Millionen Bürger, also um 64 Prozent im Vergleich zum BA-Bericht des Dezember 2004. Die neue Gesetzgebung vermindert also die Transferleistungen nicht, sondern sie weitet sie aus.³⁴ Dass die neue Sozialgesetzgebung Leistungsbezug vermindere und mehr Per-

³² Quelle: Deutschland Debatte: deutschland-debatte.de/2007/10/30/die-zahl-der-leistungsberechtigten-sgb-ii-und-sgb-iii-bleibt-ueber-8-mill/.

³³ Vortrag Prof. Sell Fachtagung der Stadt Siegen am 13.05.2011.

³⁴ Siehe: deutschland-debatte.de/category/arbeitsmarkt/.

sonen in ausreichend bezahlte Jobs bringt, ist eine große Propagandalüge der Politik, die mit immer neuen Zahlentricksereien beschönigt wird. Tatsache ist, dass die kommunalen Sozialhaushalte immer höher belastet werden. Es wird für das Jahr 2011 ein Minus von 9,6 Milliarden Euro für die Städte und Gemeinden erwartet. Kommunen mussten im Jahr 2010 mehr als 42 Milliarden Euro für soziale Leistungen ausgeben, das ist mehr als doppelt so viel wie vor 20 Jahren.³⁵

Der schlaglichtartige Blick auf die krudesten Auswüchse der gegenwärtigen kapitalistischen »Wirtschaftsgesellschaft« sollte uns dazu dienen die Frage zu stellen, woher diese Entwicklung eigentlich kommt. Die ganze kapitalistische Wirtschaft steht auf dem Kopf. Die Verrücktheiten nehmen immer mehr zu, weil das System selbst *verrückt* ist. Doch woher diese *Verrücktheiten*, sind sie von Wahnsinnigen in der Wirtschaft getragen, gibt es eine große Verschwörung in der internationalen Ökonomie? Nichts von alledem, es ist die Art und Weise des Wirtschaftens selbst, welche die Verworrenheit hervorruft. Doch versuchen wir ein wenig mehr Klarheit in den Entwicklungsgang der derzeit vorherrschenden Ökonomieform zu bringen.

Was ist die kapitalistische Marktwirtschaft?

Zustände sind oft auch danach zu beurteilen, unter welchen Voraussetzungen sie entstanden sind und welche Form sie angenommen haben. Nehmen wir einen Ausspruch von Robert Heilbroner, so ist für ihn unsere kapitalistische Marktwirtschaft eine marktvermittelte Herrschaftsform, in der das Streben nach Macht, Prestige und Gütern über den Markt geschieht, anders als in vorkapitalistischen Zeiten, wo dieses Streben fast ausschließlich mit außerökonomischen Mitteln gewalttätig durchgesetzt wurde.³⁶ Allerdings gehören auch in der Neuzeit gewaltsame Mittel, wie Kriege, zum gängigen Programm der Profitmaximierung. Doch Heilbroner meint etwas anderes, wenn er davon spricht, dass Marktmechanismen die heutige Gesellschaft beherrschen. Diese Gewaltförmigkeit hat sich auf die Marktfunktionen selbst verlagert. Einfach skizziert bedeutet das, in der kapitalistischen Marktwirtschaft ist das alte Verhältnis der Warenherstellung zum Verkauf, um neue Waren zu kaufen, umgedreht worden. Jetzt heißt die Logik, es wird Geld eingesetzt, um Waren herzustellen, die wiederum mit möglichst hohem Gewinn verkauft werden, also zu Geld gemacht werden können. Geld ist in diesem Sinne nichts anderes als eine abstrakte Form der Ware.

Kapitalismus ist allerdings nicht nur eine ökonomische Form, sondern ein Gesellschaftssystem. Die rein ökonomische Form des Kapitalismus, also das Geldvermehrten,

³⁵ Siehe: www.zeit.de/politik/deutschland/2011-02/schulden-staedtetag-kommunen-2.

³⁶ Siehe R. L. Heilbroner: *The Nature and the Logic of Capitalism*, New York/London 1986.

gab es auch schon in als nichtkapitalistisch zu charakterisierenden Gesellschaftssystemen, wie im Feudalismus. Wucher, Geldgier, Betrug sind altbekannte Verhaltensweisen, die immer wieder in verschiedenen Gesellschaftsformen kritisiert wurden. Das Geldvermehrungsprinzip kann als eine Art der Produktion innerhalb einer nichtkapitalistischen Gesellschaft vorhanden sein oder selbst zum Gesellschaftssystem werden. Die Gesellschaften, in denen »Schacherer«, also Händler, ihren Mitmenschen für Waren immer etwas mehr Geld abnahmen, als diese sie gekostet haben, gibt es schon weit über 1.500 Jahre. Letztendlich waren diese Frühformen aber oftmals Nullsummenspiele. Jenes, was man beim Verkauf aufschlug, musste man selbst bei eigenen Käufen ja auch wieder bezahlen. Ein gewisser Profit wurde nur da gemacht, wo es äußerst knappe Märkte gab. Natürlich gab es reiche Handelsdynastien, wie die Fugger und Welser, die genuesischen und venezianischen Kaufmannsfamilien. Diese wurden durch ihre geschickte Handelspolitik zu sehr wohlhabenden Leuten. Was ist nun der grundlegende Unterschied unseres mittlerweile weltweit einflussreichsten Gesellschaftssystems Kapitalismus zu allen früheren Gesellschaftssystemen? Die grundlegende Eigenschaft ist das Gewinnmachen in seiner besonderen Form und das allseitige Konkurrenzverhältnis der Menschen zueinander. Konkurrenzverhältnisse werden dabei ideologisch als »Normalität« der menschlichen Entwicklungsbedingungen angesehen, obwohl die moderne Evolutionsforschung genau das Gegenteil belegt, dass nämlich Kooperation und nicht Konkurrenz das erfolgversprechende Muster für Entwicklung ist.³⁷

Eine Gewinnerorientierung war auch in früheren Zeiten schon vorhanden, doch diese war immer nur ein Handelsgewinn auf Waren. Eine zentrale Veränderung trat dann ein, als zur Gewinnerzielung nicht der Zuschlag auf die Waren diente, sondern die Spanne zwischen denjenigen, welche die Ware herstellten und dem, was man ihnen als Lohn bezahlte, zum eigentlichen Gewinn wurde. Dies kann man auch verharmlosend als Mehrwertabschöpfung bezeichnen, es ist aber de facto die Verrichtung unbezahlter Arbeit durch die Arbeitenden. Konkret bedeutet dies, jemand arbeitet und man bezahlt ihm dafür einen Lohn und es erscheint so, als ob seine verausgabte Arbeitskraft genau so viel wert ist, wie er gearbeitet hat – ein Grundmissverständnis in der Charakterisierung der kapitalistischen Ökonomie. Hier sind schon die Bezeichnungen in der marktwirtschaftlichen Gesellschaft verdächtig falsch. So muss eigentlich derjenige als *Arbeitgeber* bezeichnet werden, der seine Arbeitskraft verkauft, sie also weggibt an den Käufer und derjenige als *Arbeitnehmer*, der diese kauft, also nimmt. In der kapitalistischen Marktwirtschaft wird es umgekehrt bezeichnet. Diese Tatsache ist nicht banal, weil hierdurch, von der Wortbedeutung her, ein soziales Verhältnis umgedeutet wird, man kann es auch als Ideologieproduktion bezeichnen.

³⁷ Siehe R. Axelrod: Die Evolution der Kooperation, München 2009.

Nach herkömmlicher Vorstellung beträgt der Lohn exakt das, was derjenige oder diejenige hergestellt oder als Dienstleistung erbracht hat. Der Lohn entspricht also vermeintlich dem Wert dessen, was als Arbeitskraft eingesetzt wurde. Hier kommt die große Krux an der ganzen Sache zum Vorschein: So verhält es sich nur augenscheinlich, dahinter stehen andere Verhältnisse. Der Lohn entspricht nie dem Wert, den die Arbeitenden geschaffen haben, denn sonst wäre Lohnarbeit für diejenigen, welche von den Verhältnissen profitieren, unrentabel.

Der Lohn entspricht eben immer nur den jeweiligen durchschnittlichen Reproduktionskosten, die ein Arbeitender in der Gesellschaft hat. Dass dies heutzutage in zunehmenden Bereichen nicht der Fall ist, zeigt nur die Brisanz der neuen ökonomischen Ordnungen. Ein abgeschöpfter Gewinn kann selbstverständlich auch aus anderen Tatsachen herrühren, wie einem Monopol, einem Gewinn im Schumpeter'schen Sinne von Marktneuheit, bei Marktungleichgewichten. Alles überschattet allerdings im neuzeitlichen Kapitalismus die Mehrwertabschöpfung als größtem Profitbereich. Worauf beruht nun diese Form der ökonomischen Ungleichheit? Sie bedarf unauflöslich des Privateigentums an den Mitteln zur Produktion, an den Mitteln zur Verteilung und an den Waren. Schon im Begriff Privateigentum verbirgt sich der zwiespältige Charakter des gesamten Gesellschaftssystems. Das Wort *privare* entstammt dem Lateinischen und bedeutet dort absondern, rauben. Klar übersetzt heißt Privateigentum also Raubeigentum; diese sprachgeschichtlichen Zusammenhänge sind nicht zufällig.

Eigentumsverhältnisse begründen so die Möglichkeit des Abschöpfens von Mehrwert. Diese Mehrwertabschöpfung ist die Spanne, die zwischen dem realen Preis der Ware und dem gezahlten Lohn liegt. Es steckt in jeder Ware die konkrete und abstrakte menschliche Arbeit. Einerseits die konkrete Arbeit als Fertigkeit, handwerkliches Geschick, Wissen, die zur Herstellung nötig sind, und andererseits die abstrakte Form, die Zeit. Da konkrete Arbeit so gut wie nicht messbar ist, wird Arbeit heute nach Arbeitszeit bezahlt, nach Stunden.

Was unterscheidet nun eine kapitalistische Marktwirtschaft signifikant von anderen Gesellschaftsformen? Grundlegend zum Verständnis sind die vorhandenen Wertformen und die Wertverhältnisse. Die klassische Ökonomie beschäftigt sich mit diesen Bereichen so gut wie gar nicht. Es ist zu vermuten aus wohlverstandenen Grund, da in den Wertformen und Wertverhältnissen sich die Herrschaftsstrukturen abbilden. Die klassische Wirtschaftswissenschaft spricht immer nur von einer Wirtschaftsform, völlig unhistorisch und jenseits jeglichen Gesellschaftsbezuges. Es wird so getan, als ob Wirtschaften zeit- und gesellschaftsunabhängig sei. In dieser Perspektive besteht die große Naivität und Ideologiebelastetheit der herrschenden ökonomischen Lehren, obwohl sie sich selbst als ideologiefrei wähnt. Die Wirtschaft wird so dargestellt, als ob es überhistorische und universelle Gesetzmäßigkeiten gäbe, die zu allen Zeiten Gültigkeit besäßen. Man kann die moderne Wirtschaftswissenschaft, in ihrem Versuch der Mathematisierung von Lebensverhältnissen, nicht wirklich ernst nehmen.